

Energiepreise

Dokument in der 24. Sitzung des Exekutivausschusses von industriAll Europe verabschiedet
Stocohlm, 24.-25. Mai 2022

Seit letztem Herbst hat Europa mit einem erheblichen Anstieg der Energiepreise zu kämpfen, der zunächst weitgehend auf den durch den Aufschwung nach der COVID-Pandemie ausgelösten Anstieg der Rohstoffpreise auf den Weltmärkten zurückzuführen war. Die militärische Aggression und der Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Sanktionen haben die Situation noch verschärft und die Energiepreise auf ein Niveau getrieben, das für Arbeitnehmer*innen und Industrie untragbar ist. Die Gestaltung des EU-Energiemarktes, die auf dem Primat der kurzfristigen Märkte und auf unreguliertem Wettbewerb beruht, hat ebenfalls einen Einfluss auf die jüngsten Preisentwicklungen. Außerdem hat die vorübergehende Unterbrechung der Produktion in Kraftwerken, in denen notwendige Wartungsarbeiten durchgeführt werden mussten oder die mit Wasserknappheit konfrontiert waren, den Druck auf die Strompreise erhöht. Angesichts der Folgen für die Energiekosten der privaten Haushalte, höhlt der Anstieg der Energiepreise die Kaufkraft der Arbeitnehmer*innen dramatisch aus. Energie ist außerdem einer der Hauptfaktoren für die derzeit hohen Inflationsraten. Darüber hinaus lassen die hohen Energiepreise die Produktionskosten in vielen Branchen in die Höhe schnellen, was eine Gefahr für die Arbeitsplätze darstellt.

Zur Bewältigung dieser komplexen und unberechenbaren Krise haben die EU und die Regierungen bereits eine Reihe von Maßnahmen angekündigt. So sollen die Auswirkungen der Preissteigerungen abgemildert, aber auch die Abhängigkeit Europas von Energieimporten aus Russland verringert werden. Die Diskussionen über die auf europäischer und nationaler Ebene zu treffenden Maßnahmen sind noch nicht abgeschlossen, und der politische Kontext ändert sich rasch. Daher ist es wichtig, dass die Stimme der Industriebeschäftigten in der Debatte über die aktuelle und künftige europäische Energiepolitik gehört wird.

Auf den Positionspapieren von industriAll Europe¹ und dem kürzlich erschienenen Policy Brief² zu diesem Thema aufbauend, sollen in diesem Dokument die wichtigsten Forderungen der Arbeitnehmer*innen im verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und im Energiesektor zur Bewältigung der aktuellen Krise und zur Vorbereitung der Zukunft des europäischen Energiesystems dargelegt werden³.

¹ https://agenda.industrial-europe.eu/uploads/documents/2022/1/637781861870019034_Adopted-TheFit-for-55Package-Position-iAE-EN.pdf

² <https://news.industrial-europe.eu/p/policy-brief>

³ Zum gerechten Strukturwandel und den Auswirkungen der Inflation auf die Kaufkraft der Beschäftigten hat iAE zwei spezifische Positionspapiere verabschiedet.

Die EU muss kurzfristig eine bezahlbare Energieversorgung sicherstellen

Das Erreichen der Klimaneutralität muss angesichts der im jüngsten IPCC-Bericht wiederholten Warnungen das Ziel der EU bleiben. Während die aktuelle geopolitische Lage und ihre Folgen für die Energieversorgung und -kosten die Mobilisierung aller verfügbaren Mittel erfordern, um in den kommenden Monaten bezahlbare Energie für alle zu sichern, ist auch zu berücksichtigen, dass das Verringern der Emissionen um mindestens -55 % bis 2030 zum Erreichen der Klimaneutralität als Teil des EU-Klimagesetzes beschlossen wurde.

Energie ist eine wichtige Grundlage für unseren Wohlstand, und Europa kann die Energieimporte aus Russland infolge der starken Energieabhängigkeit, die durch politische Entscheidungen in der Vergangenheit entstanden ist, und der Schwächen der langfristigen Energiestrategie der EU nicht von heute auf morgen ersetzen. Energieeffizienz, die Nutzung bestehender kohlenstoffarmer und steuerbarer Stromerzeugungsanlagen, obligatorische Speicherverpflichtungen, freiwillige gemeinsame Beschaffungsinitiativen sowie die Nutzung verfügbarer heimischer Energieressourcen müssen zu den Prioritäten der EU gehören, um Europa auf den nächsten Winter vorzubereiten und die Energieversorgung mit dem Ziel der Stärkung der strategischen Autonomie Europas zu sichern.

Verstärkte Bemühungen um eine Diversifizierung der Versorgung durch zusätzliche Gaspipeline-Lieferungen und verstärkte Lieferungen von Flüssigerdgas (LNG) werden von der Kommission in ihrer „Repower EU“-Strategie als wichtigste Mittel angesehen, um russische Gasimporte kurzfristig zu ersetzen. Eine Reihe von Hindernissen lässt dies jedoch kurzfristig als sehr unsicher erscheinen, da massive Investitionen in neue LNG-Terminals, neue Verbindungsleitungen oder neue Tankschiffe für den Transport der LNG-Importe erforderlich sind. Gleichzeitig könnte Europa durch massive Investitionen in LNG-Infrastrukturen in neue Abhängigkeiten geraten und der heimischen dekarbonisierten Energie Investitionen vorenthalten, die dringend erforderlich sind, um die EU unabhängiger von Energieeinfuhren zu machen.

Das kurzfristige Potenzial von sauberem Wasserstoff und Biomethan erscheint sogar noch begrenzter. Ebenso wird die Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien kurzfristig nur begrenzte Alternativen zur bestehenden Energieversorgung bieten.

Die angekündigten Maßnahmen sind zu begrüßen, aber sie werden kurzfristig nicht ausreichen, weder im Hinblick auf die Versorgungssicherheit noch auf die Energiepreise (unter sonst gleichen Bedingungen). Die EU und die nationalen Regierungen müssen daher Unternehmen und Haushalte umfassend unterstützen, um die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der aktuell hohen Energiepreise abzumildern. Dies bedeutet, dass den nationalen Regierungen die nötige Flexibilität eingeräumt werden muss, um staatliche Beihilfen, die an verbindliche soziale und klimapolitische Verpflichtungen geknüpft sein müssen, Energiesteuererleichterungen und/oder Energiegutscheine zu gewähren, wo dies erforderlich ist, oder um steuerliche Anreize sowohl für Haushalte als auch für Unternehmen zu schaffen, damit diese in Energiesparmaßnahmen investieren. Für industriAll Europe muss auch sichergestellt werden, dass außerordentliche Versteigerungserlöse aus dem Emissionshandel oder Steuern auf Windfall-Profite zur sozial gerechten Finanzierung dieser Maßnahmen beitragen werden. IndustriAll Europe legt außerdem Vorschläge zur Bewältigung der hohen Inflationsraten und zur Reform der wirtschaftspolitischen

Steuerung der EU vor, die beide im Zusammenhang mit dieser Debatte unbedingt berücksichtigt werden müssen.

Arbeitnehmer*innen dürfen nicht den Preis für Sanktionen zahlen müssen

Schon vor dem Ukraine-Krieg haben die steigenden Energiepreise die energieintensiven Industrien stark belastet, und diese Industrien sind nun aufgrund des Krieges und der damit verbundenen Sanktionen vollends in Schwierigkeiten. Im März 2022 erteilte der Europäische Rat der Europäischen Kommission den Auftrag, einen Plan auszuarbeiten, um die Abhängigkeit der EU von Gas-, Öl- und Kohleimporten aus Russland zu beenden. Der „umfassende und ehrgeizige Plan“ soll bis Ende Mai 2022 veröffentlicht werden, aber die Europäische Kommission hat bereits vorgeschlagen, die Ölimporte aus Russland innerhalb von 6 Monaten zu verbieten⁴. Auch wenn Europa die Verringerung der Energieeinfuhren aus Russland als wichtiges Element der Strategie zur Sanktionierung des russischen Regimes ansieht, so bringt eine solche Entscheidung Kosten und Schmerzen mit sich. Dabei ist zu bedenken, dass einige Branchen und Länder in hohem Maße von Energielieferungen aus Russland abhängig sind und dass alternative Lieferquellen kurzfristig oft keine realistische Option darstellen. Die beschlossenen Sanktionen, deren soziale und wirtschaftliche Folgen nicht abgeschätzt wurden, könnten dramatische Folgen für die Arbeitnehmer*innen haben, die bereits seit Monaten unter den hohen Energiepreisen leiden. Sanktionen gegen Russland und Weißrussland sind notwendig, um den Krieg zu beenden und durch Verhandlungen einen gerechten und dauerhaften Frieden zu schaffen, aber ihre Folgen müssen auf den breitesten Schultern lasten. Die Folgen der beschlossenen Sanktionen sollten daher dringend anhand sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Kriterien bewertet werden. Dabei müssen die Unterschiede zwischen den Ländern in Bezug auf den Energiemix und die Energieversorgungssicherheit sowie die strategische Bedeutung der energieintensiven Industrien berücksichtigt werden. Die verabschiedeten Sanktionen sollten von einem detaillierten Plan zum Schutz der europäischen Industrie und ihrer Arbeitnehmer*innen begleitet werden.

Europas heimische Energiewirtschaft ist Teil der Antwort

Um Europa unabhängiger von Energieimporten zu machen, bedarf es einer ehrgeizigeren Förderung der heimischen kohlenstofffreien Energiegewinnung. Europas Arbeitskräfte im Energiesektor, sowohl in der Energieerzeugung als auch in der Fertigung von Energieanlagen, sind Teil der Antwort auf die aktuelle Energiepreiskrise. Die Umstellung des europäischen Energiesystems auf Kohlenstoffneutralität muss sich auf eine Industriestrategie stützen, die die europäischen Industrien und das Know-how in der Energieversorgungskette fördert, den Grundsatz der Technologieneutralität beachtet und eine angemessene Unterstützung für die Transformation energieintensiver Industrien bietet. Sie erfordert einen starken Rahmen für einen gerechten Strukturwandel, der qualitativ hochwertige Arbeitsplätze gewährleistet und niemanden und keine Region zurücklässt⁵.

Das Prinzip „Energieeffizienz zuerst“ muss der Eckpfeiler der EU-Energiepolitik sein, neben einem sehr ehrgeizigen Ausbau der erneuerbaren Energien und anderer dekarbonisierter Energieformen. Das ist gut für das Klima, gut für Investitionen und gut für Arbeitsplätze. Die Energieeffizienzrichtlinie, die Richtlinie

⁴ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_22_2785

⁵ Siehe das industriAll Europe-Manifest für einen gerechten Strukturwandel

über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, die Sanierungswelle und die Strategie für die Kreislaufwirtschaft müssen schnelle und deutliche Ergebnisse sowie langfristige Investitionen bringen.

In gleicher Weise wird eine aggressive Beschleunigung des Einsatzes erneuerbarer Energien und anderer kohlenstoffarmer Stromquellen wie der Kernenergie (sofern sie öffentliche Unterstützung genießen) die EU in die Lage versetzen, die Menge an kohlenstoffarmem Strom zu erzeugen, die erforderlich ist, um von fossilen Brennstoffen wegzukommen und Kohlenstoffneutralität zu erreichen⁶. Die Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien erfordert schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dies muss einhergehen mit dem Ausbau des Stromnetzes (Verbundnetze, Demand-Response-Lösungen, Speicherung, Kapazitätsmechanismen). Gleichzeitig sollte die EU die Lehren aus der Energiekrise ziehen und vermeiden, dass sie von einer Form der Abhängigkeit (russisches Erdgas) in eine weitere Abhängigkeit von Flüssigerdgas- oder Wasserstoffimporten aus anderen Ländern gerät. Die Diversifizierung der Versorgung, sei es für Energieimporte oder andere Rohstoffe, Ausrüstungen und Produkte, muss im Einklang mit den von Europa auf internationaler Ebene eingegangenen Menschenrechtsverpflichtungen stehen, die Rechte der Arbeitnehmer*innen vor Ort achten und darf gleichzeitig den heimischen Energiebedarf und den Umweltschutz nicht gefährden.

In den Fällen, in denen fossile Brennstoffe heute zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit benötigt werden, muss außerdem bedacht werden, dass die gewählten Energiepfade mit dem EU-Klimarecht und den Zielen des Pariser Abkommens vereinbar sein müssen. Aus Klimaperspektive kann LNG keine mittel- oder langfristige Lösung sein, da es massive Investitionen in die Infrastrukturen für fossile Brennstoffe binden würde. Gegebenenfalls müssen diese Infrastrukturen so konzipiert werden, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt von dekarbonisierten Energiequellen genutzt werden können. Absoluter Vorrang für Investitionen und die Entwicklung von Infrastrukturen muss dekarbonisierter Energie und der Energieeffizienz eingeräumt werden.

Die EU-Energiepolitik braucht eine grundlegende Erneuerung

Das europäische Energiesystem ist mit einer unvorhergesehenen Krise konfrontiert, die die Schwächen eines Systems aufzeigt, das zu sehr auf Marktregeln beruht. Mehr als 20 Jahre nach Beginn der Liberalisierung der Energiemärkte in der EU ist es an der Zeit, eine offene und unabhängige Bewertung der Funktionsweise der Energiemärkte vorzunehmen. Dies gilt insbesondere in Bezug auf den Stromgroßhandelsmarkt, auf dem fossile Brennstoffe nach wie vor einen unverhältnismäßig großen Einfluss auf die Preise haben. IndustriAll Europe fordert Vorschläge zur Überarbeitung des derzeitigen Preisfestsetzungsmechanismus, der auf Grenzpreisen basiert, und ist sehr enttäuscht über den jüngsten Vorschlag der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER)⁷. In einem Energiesystem, in dem Strom der wichtigste Energieträger sein wird und in dem Strom immer mehr dekarbonisiert wird, können fossile Brennstoffe nicht die Strompreise bestimmen. Dies gilt insbesondere, wenn die Rohstoff- und Kohlenstoffpreise weiter steigen. Die Tarife für dekarbonisierten Strom müssen von den Preisen für fossile Brennstoffe und Kohlenstoff abgekoppelt werden. Artikel 5 und

⁶ Siehe das 2019 verabschiedete Positionspapier von industriAll Europe zum Plan zur Klimaneutralität in Europa bis 2050 <https://news.industriall-europe.eu/p/position-papers>

⁷ <https://www.acer.europa.eu/events-and-engagement/news/press-release-acer-publishes-its-final-assessment-eu-wholesale>

9 der Elektrizitätsrichtlinie sollten geändert werden, um sicherzustellen, dass Endverbraucher Strompreise zahlen, die die Kosten des für ihren Verbrauch verwendeten Erzeugungsmixes widerspiegeln. Sie sollten es den nationalen Regierungen auch ermöglichen, Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse durchzusetzen, um sicherzustellen, dass die Endverbraucher Zugang zu einer emissionsfreien und wettbewerbsfähigen Stromversorgung haben, die die zugrunde liegenden Erzeugungskosten widerspiegelt. Da der Zugang zu Energie eine wesentliche Dienstleistung ist, die in der Europäischen Säule sozialer Rechte verankert ist, muss die EU das Recht auf Energie für alle Haushalte durch spezifische Gesetzesvorschläge sicherstellen.

Daher fordert IndustriAll Europe eine tiefgreifende Reform des EU-Energiemarktes, die langfristige Verträge, Differenzverträge und Instrumente, die eine bessere Kontrolle und Vorhersehbarkeit der Preise ermöglichen, begünstigt⁸. Die Reform des EU-Energiemarktes muss auch Kleinabnehmern mehr Sicherheit bieten, wenn es um Energiepreise geht. Mit der Reform sollte in der Elektrizitätsrichtlinie ein Recht der Haushaltskunden auf ein Versorgungsangebot eingeführt werden, das sie vor kurzfristigen Strompreisschwankungen schützt. Dies ist in der derzeitigen Richtlinie nicht der Fall.

Schließlich sollte bei der Bewertung des EU-Energiesystems Möglichkeiten der Mitgliedstaaten geprüft werden, die Bestimmungen zur gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung stärker zu nutzen, um so sicherzustellen, dass Energie auf lange Sicht als Gemeingut und nicht nur als Ware behandelt wird. So sollten die EU-Rechtsvorschriften beispielsweise öffentlichen Unternehmen und Bürgerkooperativen eine zentrale Rolle bei der Energieversorgung zuweisen.

Angesichts des Ausmaßes der Energiekrise, in der wir uns befinden, und der Auswirkungen der Sanktionen muss die EU die Mitgliedstaaten dringend auffordern, detaillierte Pläne zu entwickeln, die sicherstellen, dass mittel- und langfristig eine ausreichende dekarbonisierte Energieversorgung in Europa zur Verfügung steht.

Stärkung der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten

Es sind alle Mitgliedstaaten von der aktuellen Energiepreiskrise betroffen, aber nicht immer auf die gleiche Weise. Es ist von größter Bedeutung, dass die Länder des Binnenmarktes koordiniert und solidarisch handeln, sei es bei der Entwicklung und Nutzung von Infrastrukturen (Speicherkapazitäten, Gasterminals, Energietransportinfrastrukturen) oder bei der Diversifizierung der Versorgung und gemeinsamen Bezugsverträgen. Die Bewältigung der Energiekrise muss die absolute politische Priorität der EU sein, und die EU muss ihre wichtigsten politischen Instrumente zweckdienlich gestalten: Konjunkturstrategie, EU-Haushalt, makroökonomische Governance, staatliche Beihilfen. Die EIB und die EZB müssen ihre Anstrengungen zur Bewältigung der aktuellen Energiepreiskrise zielgerichtet koordinieren.

⁸ Siehe Mitteilung der EU-Kommission vom 23. März 2022
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_1936

Ein transparentes EU- Emissionshandelssystem

Die Kohlenstoffbepreisung durch das Emissionshandelssystem (EU-ETS) ist ein wichtiger Teil der EU-Klimapolitik und muss Investitionen in kohlenstoffarme Technologien vorantreiben. Die Volatilität des EU-Emissionshandelssystems im vergangenen Jahr ist weitgehend das Ergebnis der Vorwegnahme zukünftiger Compliance-Anforderungen aufgrund des überarbeiteten Emissionsreduktionsziels bis 2030 sowie des Umfangs und der Bestimmungen des Fit for 55-Pakets. Diese Volatilität wirft jedoch eine Reihe von Problemen auf. Erstens kann sie die Wettbewerbsfähigkeit von Industriestandorten untergraben, die nicht vollständig gegen Carbon Leakage geschützt sind. Da der Kohlenstoffpreis über die Stromkosten an die Verbraucher weitergegeben wird, hat das EU-ETS zweitens regressive Auswirkungen zu Lasten der Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen, insbesondere in Ländern mit einem Strommix, der auf fossile Brennstoffe setzt.

Die Europäische Kommission sollte daher genau prüfen, wie das EU-ETS derzeit funktioniert, und übermäßige Spekulationen und Absicherungen begrenzen. Wenn es nicht möglich ist, Absicherungen und Spekulationen zu verhindern, sollte die EU untersuchen, wie die aus diesen Aktivitäten resultierenden Übergewinne besteuert werden können. Ebenso sollten die EU und die Mitgliedstaaten außerordentliche Einnahmen aus der Versteigerung von Emissionsberechtigungen mobilisieren, um Energieeffizienzprogramme und die Dekarbonisierung des Energiesystems zu finanzieren. Dabei sollte der Schwerpunkt auf dem Ausgleich der Folgen der Energiepreiskrise für kleine und industrielle Verbraucher liegen.

Generell sollte eine wirksame Kohlenstoffpreispolitik auf einer mittel- und langfristigen Preisvorhersagbarkeit beruhen. Dies ist der Schlüssel, um Investitionen in dekarbonisierte Lösungen zu fördern. Die Entwicklung der Kohlenstoffpreise muss daher von der Politik festgelegt werden und darf nicht den deregulierten und undurchsichtigen Finanzmärkten überlassen werden.

Schlussfolgerungen

Die Energiepreiskrise hat eine Reihe von strukturellen Schwächen in Europa aufgedeckt. Die übermäßige Abhängigkeit von Energieeinfuhren hat Europa der Preisvolatilität auf den Weltmärkten ausgesetzt. Ein stark fragmentiertes und marktgesteuertes Energiesystem, das auf kurzfristigem dereguliertem Wettbewerb beruht, hat zusätzliche Unsicherheit für Industrie und Haushalte geschaffen. Die zunehmende Prekarität in Europa, die dadurch gekennzeichnet ist, dass 20 % der Bürger*innen von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, bedeutet, dass viele nicht in der Lage sind, mit den steigenden Energiepreisen und der Inflation fertig zu werden: Sie müssen sich entscheiden, ob sie heizen oder essen wollen.

Jetzt ist Zeit zum Handeln, und die aktuelle Situation ist eine Gelegenheit, die nicht verpasst werden sollte, um unsere Energiemärkte, -netze und -produktion radikal zu reformieren, um 1) rasch dekarbonisierte heimische Energiequellen in den Mittelpunkt zu stellen und gleichzeitig Pläne für die Aus- und Weiterbildung von Arbeitnehmer*innen umzusetzen, 2) Energie als strategisches öffentliches Gut zu betrachten, das für alle erschwinglich sein muss und 3) die Investitionen und den unterstützenden Rahmen

für die Transformation unserer energieabhängigen Industrien und ihre Beschäftigten sicherzustellen⁹. Die europäischen Arbeitnehmer*innen im Energiesektor spielen auf diesem Weg eine Schlüsselrolle. Sie müssen einbezogen werden, und es muss ein gerechter Strukturwandel sichergestellt werden.

⁹ IAE fordert einen integrierten und kohärenten industriepolitischen Rahmen zur Dekarbonisierung der EIU, der sich aus der Unterstützung von Innovationen, Maßnahmen zur Schaffung von Leitmärkten, wie z. B. dem Differenzkontrakt für Kohlenstoff und öffentlichen Ausschreibungen, und robusten Instrumenten zur Vermeidung von Carbon Leakage, wie z. B. dem Grenzausgleichsmechanismus für Kohlenstoff, zusammensetzt. Weitere Einzelheiten im iAE-Positionspapier zum Fit for 55-Paket, das 2021 angenommen wurde <https://news.industrial-europe.eu/p/position-papers>